
**25 Jahre DGB-
Menschlichkeit
und sozialer
Fortschritt ?**

**Macht die
Gewerkschaften
wieder zu einer
Kampforganisation der
Arbeiterklasse!**

Herausgegeben vom
Zentralkomitee des
ARBEITERBUNDS FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER KPD
Presserechl. verantwortl. Helge Sommerrock
8 München, 2, Tulbeckstr. 4/Rgb.

Druck und Verlag:
Verlag **FREIES VOLK**
84 Regensburg, Goldene Bären-Str. 5

INHALT

25 Jahre DGB – Menschlichkeit und sozialer Fortschritt? Von Anfang an: Spaltung der Gewerkschaftsbewegung

1. Mai 1933 – nie wieder!

Kampfaufgaben und Grundsätze der Gewerkschaften nach der Niederlage des deutschen Imperialismus

Tarnow und Co. – gelehrige Schüler des US-Imperialismus

Die "Unabhängige Gewerkschaftsopposition" – unabhängig von der Arbeiterklasse, abhängig vom Monopolkapital

Gewerkschaftskollegen aller Zonen vereinigt Euch!

Gründung des DBG – Sieg und Niederlage

Zweimal Mitbestimmung – einmal für die Millionenmassen, einmal für die Millionäre

Die Arbeiterklasse baut auf!

Zweimal Mitbestimmung

Die Gekauften

Der Kampf gegen die Machtübernahme der Monopole

Mitbestimmungsschwindel bis heute

Das Adenauer-Betriebsverfassungsgesetz (BVG) und seine Neuauflage

Für eine fortschrittliche Betriebsverfassung

Adenauer-BVG – Fessel für die Arbeiterklasse

Der Kampf gegen das Adenauer-BVG endete mit einer Niederlage

"Neues" BVG – ein alter Hut

Der Widerstand hat noch nicht gereicht

25 Jahre Unterstützung von Imperialismus und Militarismus

DGB-Führer für Hungerpolitik, Remilitarisierung und Kriegspolitik gegen die DDR

Notstandsgesetze: Generalstreik abgesagt

Monopolkapital vor der Kampfkraft der Arbeiter bewahrt

Die soziale Demontage marschiert

25 Jahre Kampf gegen den Fortschritt

Kommunistenjagd von Anfang an

25 Jahre DGB – der kalte Krieg geht weiter

Für die Einheitsgewerkschaft

Trotz alledem – die Arbeiterklasse geht nach vorn

25 JAHRE DGB – MENSCHLICHKEIT UND SOZIALER FORTSCHRITT?

25 Jahre DGB sind eine Bilanz darüber, wo wir uns mit voller Kraft hätten wehren müssen, wo wir dies wollten und uns auch wehrten, wo uns aber unsere eigenen Führer immer wieder in den Arm fielen. Wir haben nach dem Krieg selber für Arbeit gesorgt, mit unseren Händen die Maschinen ausgebuddelt, mit unserem Können die Produktion wieder in Gang gesetzt und die Fabriken geleitet, ohne daß uns dabei die Konzernherren gefehlt hätten ! Die warteten in ihren Schlupflöchern und in den Gefängnissen auf "bessere Zeiten", zu denen ihnen nicht zuletzt die späteren DGB-Führer verhalfen: Indem ihnen die Gunst der Westmächte wichtiger war als der **Kampf für die Sozialisierung der Großindustrie**. Wir verteidigten die nach dem Krieg erkämpften demokratischen Rechte gegen den Großangriff, den das Kapital mit dem **Adenauer-Betriebsverfassungsgesetz** startete – unsere Führer aber bliesen den geplanten Generalstreik ab. Wir gingen auf die Straße gegen die drohende **Remilitarisierung** - die Gewerkschaftsführer spuckten vorne große Worte und wiegelten hintenrum ab; dafür ist einer von ihnen heute auch Kriegsminister in Bonn. Wir hielten an der Errungenschaft der Einheitsgewerkschaft fest, aber unsere Führer eröffneten schon damals eine **antikommunistische Hetz- und Ausschluß-Kampagne** gegen unsere besten Kämpfer und halfen so mit, das Verbot der KPD vorzubereiten. Wir kämpften für unsere Existenzbedingungen, aber die Führer legten sich und damit uns die **Fessel der Schieds- und Schlichtungsgesetze** an. Wir demonstrierten, streikten gegen die **Notstandsgesetze** und forderten von unseren Führern, daß sie Ernst machen mit ihren großen Reden und das Signal zum geeinten Kampf geben, um diese neuen Ermächtigungsgesetze zu Fall zu bringen - sie aber verrieten diesen Kampf, auf daß sich die SPD-"Kollegen" in der Großen Koalition damit dem Kapital als Regierung von morgen empfehlen konnten !

Das sind die Führer, denen wir also an diesem 1. Mai für "**25 Jahre DGB - Menschlichkeit und sozialer Fortschritt**" Beifall zollen sollen ! Nein, wir haben ihnen wahrlich nichts zu danken, aber erst recht nicht aufzugeben und ihnen die Organisation zu überlassen, die uns so stark machen kann. Wenn vom Vertrauensleutekörper bis hinauf in die Vorstände Kollegen auf dem Posten sind, die - ob sie nun Sozialdemokraten, Parteilose oder Kommunisten sind - ihre Pflicht als Gewerkschafter und Klassengenossen erfüllen ! Das gilt es, Schritt für Schritt, von denen jeder die Gewerkschaft stärkt, durchzusetzen, und

dafür dem Eigenlob der jetzigen Führer unserer Gewerkschaft die Lösung entgegengestellt:

Trotz 25 Jahre DGB — die soziale Demontag marschieret Macht die Gewerkschaften wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse!

(Aus dem Aufruf zum 1. Mai 1974 des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD)

VON ANFANG AN: SPALTUNG DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

1. Mai 1933 — nie wieder!

1945, nach dem Sieg der Völker der Sowjetunion und der mit ihnen verbündeten Westmächte über den Hitlerfaschismus, rief die KPD den deutschen Arbeitern zu: *„Der Geist des Opportunismus und der Nachgiebigkeit, der zum schwärzesten Tag in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, dem 1. Mai 1933, führte, zu jenem Tag, an dem der Bundesvorstand des ADGB die Gewerkschaftsmitglieder aufforderte, unter dem Hakenkreuzbanner des Nazismus zu marschieren, muß endgültig überwunden werden. Der Aufmarsch am 1. Mai 1933, das war der erste Aufmarsch für den Krieg.*

Nur wenn die deutsche Arbeiterklasse und die Gewerkschafter die Ursache des Zusammenbruchs der deutschen Gewerkschaften erkennen und verstehen, nur wenn die Gewerkschaftsfunktionäre die Arbeiter im Geiste des Klassenbewußtseins erziehen, werden sie ihre geschichtliche Aufgabe beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands erfüllen können.“ (1)

12 Jahre Naziherrschaft hatten den blutigen Beweis geführt, daß eine durch die rechte Sozialdemokratie gespaltene Arbeiterbewegung die imperialistische Barbarei nicht verhindern kann. Viele Sozialdemokraten und Kommunisten haben sich gemeinsam in den faschistischen Konzentrationslagern geschworen, in Zukunft in einer Klassenfront zu kämpfen. 1945 begannen sozialdemokratische, christliche, parteilose und kommunistische Arbeiter überall in Deutschland sofort mit dem Aufbau von Gewerkschaftsorganisationen. In Berlin bildete sich ein vorbereitender Gewerkschaftsausschuß, an dem sich die früheren Mitglieder der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Roman Chwalek, Hans Jendretzky und Paul Walter, die früheren sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre Otto Brass, Bernhard Göring und Hermann Schlimme, weiter Jakob Kaiser von den früheren christlichen Gewerk-

schaften und Ernst Lemmer von den früheren Hirsch-Dunckerschen Angestelltengewerkschaften beteiligten.

Dieser Ausschuß hatte das Ziel, eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation für ganz Deutschland zu schaffen, eine **Einheitsgewerkschaft**, in der jede politische und religiöse Weltanschauung außer der faschistischen Platz hatte. Damit war ein Anfang zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung gemacht.

Kampfaufgaben und Grundsätze der Gewerkschaften nach der Niederlage des deutschen Imperialismus

In der sowjetisch besetzten Zone gelang es sehr bald, eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation, den **Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB)** aufzubauen. Der vorbereitende Gewerkschaftsausschuß in Berlin hatte die Aufgaben der neuen Gewerkschaftsorganisation genannt: *„Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen demokratischen Rechts der Arbeiter und Angestellten.“* Als erste Kampfaufgaben wurden genannt: Kampf gegen Faschismus und Militarismus, Säuberung der Verwaltungen und Betriebe von aktiven faschistischen Elementen, Versorgung der Bevölkerung, Vertretung der Arbeiter und Angestellten, Mitarbeit beim Wiederaufbau, Erziehung der Arbeiter im Geiste des Antifaschismus, des demokratischen Fortschritts und zur Erkenntnis ihrer sozialen Lage, Verbundenheit zu den Arbeitern anderer Länder, Freundschaft zu anderen Völkern. (2) Auf der ersten Gewerkschaftskonferenz in Halle/Saalekreis am 29. August 1945 nannte W. Ulbricht in seiner Rede die politischen und organisatorischen Prinzipien der freien Gewerkschaften: *„Die freien Gewerkschaften sollen einheitliche Gewerkschaften sein ... Heute kommt es darauf an, fest auf antifaschistischer Grundlage zusammenzuarbeiten, ... Die innere Einheit der freien Gewerkschaften beruht auf dem demokratischen Bestimmungsrecht der Mitglieder, auf der aktiven Vertretung der Arbeiter- und Angestellteninteressen und auf der Fernhaltung solcher Ideologien, die gegen die Interessen der Arbeiter und des werktätigen Volkes gerichtet sind. Während früher die Einheit durch die Sonderinteressen einzelner Berufsgruppen stärkeren Belastungen ausgesetzt war, soll jetzt die Einheit und der Ausgleich der verschiedenen Interessen durch die demokratische Wahl des Orts- und Bezirksausschusses gesichert sein ...*

Die freien Gewerkschaften sollen auf der Grundlage des Industriepinzips aufgebaut sein ... In jedem Betrieb soll ... nur eine Gewerk-

schaftsorganisation sein ... Die freien Gewerkschaften basieren auf dem demokratischen Bestimmungsrecht der Mitglieder. Das heißt, alle wichtigen Fragen, wie die Fragen der Tarifbestimmungen, des Arbeitsrechts, der Rechte der Betriebsräte, der Sozialversicherung, stehen in den Gewerkschaftsmitgliederversammlungen oder -konferenzen der betrieblichen Gewerkschaftsdelegierten zur Beratung und Entscheidung." (3)

Auf Grundlage dieser demokratischen Prinzipien wurde der FDGB aufgebaut.

Tarnow und Co. - gelehrige Schüler des US-Imperialismus

Ganz anders verlief der Aufbau in den Westzonen: Die amerikanische und britische Besatzungsmacht unterliesen keinen Versuch, in den Westzonen den Aufbau einer deutschen Einheitsgewerkschaftsorganisation zu verhindern und verstießen damit gegen die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens. In Berlin zum Beispiel im englischen Sektor wurde 1945 eine gewerkschaftliche Delegiertenwahl verboten. In der britischen Zone mußte der Aufbau der Gewerkschaften in den ersten Monaten vollkommen illegal erfolgen. Trotzdem gelang es, bis zum April 1946 über 600 000 Mitglieder zu organisieren. In der amerikanisch besetzten Zone wurde gleich ein besonderer Spezialist für Gewerkschaftsfragen eingesetzt: Joe Keenan, Gewerkschaftsfunktionär des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL kam aus Chicago angereist, um als Berater des US-Militärgouverneurs Clay tätig zu sein (die amerikanische Gewerkschaftsführung war damals so berüchtigt wie heute, wo der Mord an einem Gewerkschaftsfunktionär durch einen anderen nur die Spitze eines Eisbergs aus Korruption und übler Geschäftemacherei ist). Dieser Herr kümmerte sich also um die Gewerkschaftspolitik in der amerikanisch besetzten Zone. Am schlimmsten aber ist immer der Feind in den eigenen Reihen. Und an den hielt sich die amerikanische Besatzungsmacht auch: Fritz Tarnow hatte als ADGB-Führer sich schon unruhlich hervorgetan. Die reformistischen Führer waren unter Leitung Tarnows 1925 extra nach Amerika gefahren, um sich von dem Oberscharfmacher Ford in "sozialistischer" Wirtschaftspolitik unterrichten zu lassen. Sie haben zwar dabei "vergessen", sich nach der Anerkennung der Gewerkschaften durch die Direktion der Fordbetriebe zu erkundigen; und sie wußten auch nichts zu berichten über die Leistungssteigerung und die Senkung des Lohnanteils am Produkt in

den Fordbetrieben. (4) Tarnow war natürlich nach 1945 der Mann der US-Imperialisten, die ihn ja auch in der Emigration in den USA ordentlich weiter in "sozialistischer" Wirtschaftspolitik geschult hatten. Bereits in der Emigration konnte Tarnow bei dem Gedanken der Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung nicht mehr ruhig schlafen, und schrieb 1944 seine Sorgen in folgendem Brief nieder:

"... Es ist gewiß, daß eine der Hauptforderungen der deutschen Arbeiter die Forderung nach Einbeit sein wird, und sie werden versuchen, starke, nichtpolitische Verbände von Industriegewerkschaften zu schaffen, oder vielleicht sogar Gewerkschaften verlangen, die alle Arbeiter umschließen (Einheitsgewerkschaften).

Wir müssen dies um jeden Preis zu verhindern trachten, da es den Kommunisten die Möglichkeit geben würde, die Gewerkschaften zu beherrschen. Daher müssen wir jetzt mit den britischen und amerikanischen Stellen die geeigneten Vorkehrungen treffen, damit wir so schnell wie möglich zurückkehren können, um die Entwicklung antikommunistischer Gewerkschaften zu leiten. Wir dürfen auf die Mitarbeit der Militärbehörden rechnen können, da es ebenso in ihrem wie in unserem Interesse liegt." (5)

Um dieses Bild der trauten Zusammenarbeit der westlichen Militärbehörden und rechter Sozialdemokratie zur Verhinderung der deutschen Einheitsgewerkschaft abzurunden, bringen wir hier noch den Bericht von Paul Harig, damals Kommunist, über eine für die Westzonen typische Gewerkschaftsgründung:

"... Walter Freitag schloß dann die Aussprache, und nun stand die Wahl des Vorstandes auf der Tagesordnung. Freitag ließ, soweit ich mich erinnere, vorgedruckte Zettel verteilen, auf denen als Kandidaten die Namen Freitag und Alef standen. (W. Freitag und W. Alef waren rechte Sozialdemokraten) Damit war jedoch die übergroße Mehrheit der Delegierten nicht einverstanden. Sie riefen minutenlang meinen Namen. Unter immer stärkerem Getöse vertagte Freitag die Versammlung auf unbestimmte Zeit. Die Kollegen Delegierten liefen dann rund zwei Stunden in Altena herum. Als wir uns dann wieder alle eingefunden hatten, erklärte Freitag, er habe mit der Militärregierung telefonisch gesprochen, und diese würde ihre Genehmigung zurückziehen, wenn nicht fürs erste die beiden von ihr beauftragten bisherigen Bezirksleiter Freitag und Alef die Geschäfte übernehmen würden. Bei großer Unruhe im Saal wurde dann so entschieden. Damit war die Industriegewerkschaft Metall im Bezirk Hagen gegründet." (6)

Die "Unabhängige Gewerkschaftsopposition" - unabhängig von der Arbeiterklasse, abhängig vom Monopolkapital

In Berlin machte seit Gründung des FDGB die Gewerkschaftsbewegung ständig Fortschritte, trotz stärkster Behinderung in den Westsektoren. Die rechten Sozialdemokraten gewannen bei sämtlichen gewerkschaftlichen Wahlen keinen Blumentopf. Deshalb gründeten sie, man höre und staune, eine Gewerkschaftsopposition, nämlich die sogenannte "Unabhängige Gewerkschaftsopposition" (UGO), die 1948 von der amerikanischen Militärregierung legalisiert wurde bei gleichzeitigem Verbot des FDGB. Diese UGO, die sich um den rechten Sozialdemokraten und späteren "Regierenden Bürgermeister" von Westberlin, Otto Suhr, sammelte, bestand aus Leuten vom selben Schlag wie Tarnow, Böckler, Freitag und Co. Sie hielten es mit den westlichen Besatzungsmächten und halfen dem deutschen Imperialismus, sich wieder aufzurappeln, indem sie alles für die Spaltung der Arbeiterklasse taten.

Von der UGO wollen wir hier nur die zwei Höhepunkte ihrer finsternen Tätigkeit bzw. Untätigkeit berichten.

Zunächst einmal der Fall Witzleben:

Von Witzleben, Vorstandsmitglied und Direktor des Siemens-Konzerns, war u.a. für die Mißhandlungen und die Vergasung unzähliger ausländischer Zwangsarbeiter in den Siemens-Konzentrationslagern verantwortlich und hätte als ehemaliger Wehrwirtschaftsführer und Kriegsverbrecher verurteilt werden müssen. Mit Hilfe des rechtssozialdemokratischen Betriebsrats von Siemens wurde am 27. 3. 47 in den Siemenswerken eine überstürzte und unvorbereitete Abstimmungskomödie über die Weiterbeschäftigung Witzlebens inszeniert. Der Betriebsrat verzichtete, da er "neutral" bleiben wollte, auf eine Agitation, während die Siemensdirektion in einem anonymen Flugblatt für den Kriegsverbrecher Stimmung machte. Infolge der opportunistischen Haltung des Betriebsrats beteiligten sich nur zwei Drittel der Belegschaft an der Abstimmung, die eine knappe Mehrheit für Witzleben ergab. Die Einsetzung Witzlebens in seine alten Rechte führte zu stürmischen Protesten der Gewerkschaftskollegen und der Berliner Bevölkerung. (7)

1949 versuchte die UGO einen Schlag gegen die Berliner Arbeiterbewegung zu führen: Sie rief die Westberliner Eisenbahner zum Streik auf, mit dem Ziel, daß sie mit der westdeutschen Spalterwährung entlohnt werden sollten. (Die Eisenbahn unterstand in ganz Berlin der sowjetischen Besatzungsbehörde, bzw. später der

Regierung der DDR.) Der S-Bahn-Verkehr konnte nicht lahmgelegt werden. Daß es der UGO in keiner Weise um die Interessen der Eisenbahner ging, zeigte sie selbst, als sie daraufhin Sabotage- und Störaktionen gegen die S-Bahn organisierte und damit auch Leben und Sicherheit der Reisenden gefährdete. Die Mehrzahl der Eisenbahner erteilte der UGO eine Abfuhr und versah weiterhin ihren Dienst.

Gewerkschaftskollegen aller Zonen vereinigt Euch!

Das war die Antwort, die auf dem 1. FDGB-Kongreß im Februar 1946 Leuten wie dem Hamburger Gewerkschaftsfunktionär Spliedt gegeben wurde, der von der englischen Besatzungsbehörde eingesetzt war und wie einige andere rechte Gewerkschaftsfunktionäre die Auffassung vertrat, man müsse die Gewerkschaften nach Zonen getrennt organisieren.

Trotz aller Spaltungsversuche der rechten Sozialdemokratie im Verein mit den westlichen Besatzungsbehörden hörte der Kampf um die Gewerkschaftseinheit in den Westzonen nicht auf. Der FDGB war bereits in den Weltgewerkschaftsbund (WGB) aufgenommen worden, der 1945 von den Gewerkschaften der Siegermächte und der befreiten Länder gegründet worden war. Vom WGB unterstützt, fanden zwischen 1946 und 1948 neun Interzonenkonferenzen und rund 100 interzonale Konferenzen, Tagungen und Beratungen statt. Dies hätte die Grundlage sein können, um doch noch eine einheitliche deutsche Gewerkschaftsorganisation aufzubauen. Aber dazu reichte die Kraft der westdeutschen Arbeiterklasse gegen die westlichen Besatzungsmächte und die Spalter in den eigenen Reihen nicht aus.

Gründung des DGB – Sieg und Niederlage

Die Gründung des DGB 1949 ist genau der Ausdruck dieser Schwäche der westdeutschen Arbeiterklasse. Einerseits hatte sie erreicht, daß ihre Gewerkschaften wenigstens der Satzung nach Einheitsgewerkschaften sind, und daß es Industriegewerkschaften sind, d.h. in jedem Betrieb nur eine Gewerkschaft ist. Aber der DGB ist keineswegs eine einheitliche Organisation, die

zentralisiert und schlagkräftig gegen das Monopolkapital vorgehen kann, wie es beim FDGB der Fall war, sondern nur ein loser Zusammenschluß autonomer Industriegewerkschaften. Ausdruck der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse ist es, daß die Spaltung Deutschlands auch in der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung ihren Ausdruck fand. Die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung hat auch den Kampf um die Einheit Deutschlands gegen die Bestrebungen der Westmächte und des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus erschwert. Sie geht auf das Konto der Herren Tarnow, Böckler, Reuter, Freitag und anderer rechter Sozialdemokraten, die mit Hilfe der westlichen Besatzungsbehörden in die Führung der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung gelangten.



12. Oktober 1949: Gründungskongreß des DGB in München. Von links nach rechts: Walter Freitag, Hans Böckler, Matthias Föcher und Georg Reuter

ZWEIMAL MITBESTIMMUNG – EINMAL FÜR DIE MILLIONENMASSEN, EINMAL FÜR DIE MILLIONÄRE

Die Arbeiterklasse baut auf !

Als die Arbeiterklasse die deutsche Wirtschaft aus Schutt und Asche wieder aufbaute, da war es für jeden Arbeiter klar, die Vertreter des Nazikapitals, die Kriegsverbrecher und "Wehrwirtschaftsführer" hatten in den Betrieben nichts mehr zu suchen, ob nun Schwab von Telefunken oder Benkert von Siemens, oder Herr Blohm aus Hamburg, der auch ein eigenes Konzentrationslager gehalten hatte, um eigene Arbeitssklaven zu haben.

Während die Konzernherren in ihren Schlupflöchern und in den Gefängnissen auf bessere Zeiten warteten, leiteten überall in Deutschland die Arbeiter die Betriebe und setzten die Produktion in Gang, ohne daß ihnen dabei die Konzernherren gefehlt hätten.

In der sowjetisch besetzten Zone wurden diese Herren sofort auf die Straße gesetzt, und unter Anleitung der Kommunisten und der fortschrittlichen Sozialdemokraten eine Friedensproduktion unter Kontrolle der Arbeiterklasse für die Versorgung der Bevölkerung in Gang gesetzt. Die Großbanken, die zu den Hauptträgern der faschistischen Welteroberungspolitik gehörten, wurden geschlossen. Sämtliche Unternehmerorganisationen wurden verboten. Schließlich waren es diese Organisationen gewesen, die schon im 1. wie im 2. Weltkrieg die Hauptkriegstreiber waren.

Ebenso wie die rechten Gewerkschaftsführer und Hauptpalter die Entfernung der faschistischen Fabrikdirektoren, Vorstände und Aufsichtsräte nicht für so notwendig hielten (siehe Fall Witzleben), liebäugelten sie auch schon wieder mit den Unternehmerorganisationen. Paul Harig berichtet:

"Als er (Freitag) in den Saal rief: 'Die Unternehmer sollen sich nun auch endlich organisieren', brach ein ungeheurer Proteststurm aus. Minutenlang konnte sich Freitag nicht mehr Gehör verschaffen, bis es ihm gelang zu sagen: 'Wir brauchen doch einen Tarifpartner'," (10)

Die Sorge hätte man den Herren Gewerkschaftsführern nehmen können, wenn sie sie wirklich gehabt hätten: Tarifpartner waren in der sowjetisch besetzten Zone z.B. die Industrie- und Handelskammern, wo ja schließlich die Unternehmer vertreten waren, aber durch die Mitbestimmung der Arbeiter dort auch kontrolliert werden konnten. In vielen Betrieben in der sowjetisch besetzten Zone hatten Be-

etriebsräte bereits die Leitung der Produktion übernommen, so daß von diesen Betrieben die Versorgung der Bevölkerung am besten gesichert war. Auch in den Westzonen wollte die Arbeiterklasse, die ja schließlich die Produktion wieder aufbaute, ganz entscheidend über Wirtschaft und Politik mitbestimmen. Im Ruhrgebiet z.B. wurden 1946 1738 Betriebsräte im Bergbau und 864 Betriebsräte in der Metallindustrie gewählt. Dabei stellten die KPD- und SPD-Mitglieder zu gleichen Teilen den weitaus größten Anteil. Auch diese Betriebsräte hatten noch gewaltigen Einfluß auf die betriebliche und wirtschaftliche Entwicklung. (11)

Auch das gemeinsame Ziel der Arbeiter stand fest: die **Sozialisierung** der Betriebe, damit das schaffende Volk in ganz Deutschland bestimmt !

Zweimal Mitbestimmung

Die Arbeiter wußten damals genau, was sie meinten mit "Mitbestimmung". Der Kampf zwischen Arbeiterklasse und Monopolkapital war noch nicht ausgestanden, aber die Arbeiterklasse war in einer starken Position, da der deutsche Imperialismus am Boden lag. Sie war andererseits noch nicht stark genug, um den Sozialismus aufzubauen. Dazu war sie durch den Faschismus zu sehr geschwächt.

Wie sah nun die **wirkliche Mitbestimmung** in dieser Situation aus; eine Mitbestimmung die von den kämpferischen Arbeitern in den Betrieben auch wirklich genutzt wurde:

In den Richtlinien für die Tätigkeit der Betriebsobleute der Berliner Gaswerke heißt es zum Beispiel:

1. Das Personalbüro teilt dem Gewerkschaftsausschuß der Berliner Gaswerke jede Neueinstellung mit. Einstellungen erfolgen nur mit einer amtlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung, die vorher vom Gewerkschaftsausschuß geprüft und gegengezeichnet werden muß.
2. Entlassungen erfolgen nur nach Rücksprache und Zustimmung des Betriebsobmannes.
3. Jede Neubesetzung, Umbesetzung, Beförderung sowie Versetzung erfolgt nur nach Vereinbarung mit dem Betriebsobmann.
4. Der Gewerkschaftsausschuß und die Betriebsobleute erhalten im Rahmen des Mitbestimmungsrechtes laufend Mitteilung und Abschrift von Tätigkeitsberichten. Sie sind berechtigt an Besprechungen, Verhandlungen über Arbeitsplanung, technische Veränderungen

und Erneuerungen, Einführung von Arbeitssystemen aller Art sowie über die Produktionsgestaltung und Arbeitsweise teilzunehmen. Sämtliche Bekanntmachungen und Anordnungen des Betriebsleiters bedürfen der Gegengezeichnung des Betriebsobmannes; Direktionsverfügungen und Bestimmungen werden vom Vorsitzenden des Gewerkschaftsausschusses gegengezeichnet." (12)

Fast genauso wurde die Mitbestimmung schließlich in der ganzen sowjetisch besetzten Zone durchgeführt. Auch die Betriebsräte im Ruhrgebiet hatten anfänglich solche Rechte. Da war der Unternehmer wirklich nicht mehr Herr im Haus! Weiter wurde eine echte Mitbestimmung in den Industrie- und Handelskammern und in den Handwerkskammern eingeführt. So bestanden die Industrie- und Handelskammern zu einem Drittel aus Gewerkschaftern, zu einem Drittel aus Unternehmern und zu einem Drittel aus Vertretern der Landes- bzw. Kreis- oder Stadtverwaltungen. Damit war die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung gesichert – wohlgermerkt in einer Situation , wo die proletarische Macht schon in fast greifbarer Nähe war !

Was war und ist nun der Vorschlag der rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu diesem Thema: Kurz gesagt, der Kapitalismus soll nicht angetastet werden, aber es sollen Arbeitervertreter in den Aufsichtsräten sitzen.

Die Arbeiter dagegen wollten nicht Mitbestimmung **statt** Sozialisierung der Konzerne, sondern dem Ziel der **Sozialisierung** näher kommen, wenn sie das als Recht forderten, was sie nach 45 getan hatten, indem sie die Produktion unter eigener Leitung wieder in Gang gesetzt hatten. Walter Ulbricht hatte völlig recht, als er in seiner Rede auf einer Tagung des Bundesvorstandes des FDGB im November 1946 sagte:

" Es ist aber ein Mißverständnis, wenn die Forderung auf das Mitbestimmungsrecht so ausgelegt wird, als ob wir das Mitbestimmungsrecht in Konzernleitungen fordern. Wir fordern die Enteignung der Konzerne und die Übergabe dieser Betriebe in die Hände des Volkes, die Übergabe der Leitungen der Konzerne in die Hände der demokratischen Organe, ...

Das ist unser prinzipieller Standpunkt. Er unterscheidet sich von der Auffassung einiger Kollegen in anderen Teilen Deutschlands, die zum Beispiel für AEG und Siemens die Beteiligung der Betriebsräte im Aufsichtsrat gefordert haben. Wir sind für die Liquidierung der Aufsichtsräte, weil wir für die Enteignung der Konzerne der Kriegsverbrecher sind." (13)



Die Gekauften

Die rechten Gewerkschaftsführer, die so eifrig für die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten plädieren, sitzen natürlich selber drin. Tantiemen von einigen zehntausend Mark sind keine Seltenheit. Der ehemalige Gewerkschaftsführer vom Hoff erhielt sogar für seine Mitarbeit in der imperialistischen Schumannplan-Behörde jährlich 250 000 Mark.

Um die Massenbewegung in Westdeutschland gegen die Konzerne abzufangen, wurde unter Anleitung des früheren Direktors der Vereinigten Stahlwerke und "Wehrwirtschaftsführers" Dinkelbach den Arbeitern eine Komödie vorgespielt, die sich "Entflechtungsmaßnahmen" nannte. Das Ergebnis waren mehrere neue Aktiengesellschaften. Dinkelbach selbst wurde Vorsitzender des Aufsichtsrats dieser Gesellschaften. Rechte Gewerkschaftsführer, unter ihnen Hans Böckler, erhielten lohnende Posten in den Aufsichtsräten und scheuten sich nicht, zum Dank dafür diesen ganzen Betrug als Mitbestimmung auszugeben. Heute heißen Leute von diesem Schlag Vetter, Loderer usw., und ihre Tätigkeit in den Aufsichtsräten besteht darin, den Arbeitern die Beschlüsse des Kapitals über Lohnabbau, Verlagerungen, Stilllegungen, Massenentlassungen, Kurzarbeit usw. zu servieren, die sie "mitverantwortet" haben, und die deshalb, so hoffen die Monopolherren, von den Arbeitern eher hingenommen werden. Für diese Tätigkeit werden die "Arbeitnehmervertreter" mit hohen Tantiemen belohnt.

Herr Dinkelbach redete im Gegensatz zu den rechten Gewerkschaftsführern eine sehr offene Sprache:

"Ich habe diese Form der Beteiligung der Arbeiter gewählt, erstens damit man ihnen sagen kann, daß es ihre Werke sind und sie dieselben verteidigen müssen, und zweitens, weil dadurch die Möglichkeit besteht, die Arbeiter gegen die Sozialisierung in Bewegung zu bringen."

Der Kampf gegen die Machtübernahme der Monopole

Es war schon bald nach 1945 klar, daß der deutsche Imperialismus alles daransetzte, vorläufig wenigstens in Westdeutschland wieder sein militaristisches, chauvinistisches Regime zu errichten. In

der sowjetisch besetzten Zone wurde dies erfolgreich verhindert. In den Westzonen tobten währenddessen die Kämpfe gegen die Herrschaft des Monopolkapitals.

1945 hatte bereits eine Betriebsrätekonferenz in Bochum die Enteignung der Kohlenbarone gefordert. Die Belegschaft des Betriebes Bode – Panzer in Hannover trat im November 1946 in den Streik, weil die Firmenleitung entgegen dem Betriebsrätegesetz des Kontrollrats das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte verweigert hatte. Die in den Westzonen völlig ungehindert arbeitenden Unternehmerverbände hatten beschlossen, das Mitbestimmungsrecht in jedem Fall zu verweigern.

Die 2300 Mann zählende Belegschaft der Mannesmannröhrenwerke führte eine einstündige Protestversammlung durch und forderte eine Verbesserung der Ernährung und die Absetzung des Leiters des Zentralamtes für Ernährung, Schlange – Schoeningen.

Die Arbeiter des Klöckner-Humboldt-Werkes Deutz traten in einen dreieinhalbstündigen Streik für das Mitbestimmungsrecht und gegen die schlechte Versorgung und Ernährung.

Gerade aus den letzten beiden Beispielen geht hervor, daß die erneute Machtergreifung des Monopolkapitals auch eine ständige Verschlechterung der Versorgung der Arbeiter zur Folge hatte.

Der damalige Häuptling der rechten Sozialdemokratie, Kurt Schumacher, der aus seinen bitteren Jahren im KZ nichts gelernt hatte, versuchte die Forderungen der Arbeiter mit Betrug abzublocken. Er faselte etwas von "Sozialismus", der jetzt auf der Tagesordnung stünde, nur um die Arbeiter von ihren ganz konkreten Forderungen abzubringen.

Die KPD organisierte in Nordrhein-Westfalen auf 15 Schachtanlagen eine demokratische Probeabstimmung, an der sich 20 102 Werktätige beteiligten. 89 % erklärten sich davon für die entschädigungslose Enteignung der Grubenbarone. Auf 32 Schachtanlagen mit etwa 50 000 Beschäftigten und in mehreren Metallbetrieben wurden Entschließungen für die Enteignung und die Durchführung eines Volksentscheides angenommen.

Ein Höhepunkt dieses Kampfes war der Volksentscheid über die hessische Verfassung, die von über 70 % der Wähler angenommen wurde. Diese Verfassung sah die Enteignung von Bergbau, Eisen- und Stahlbetrieben, der Energiewirtschaft und des an Schienen und Oberleitungen gebundenen Verkehrswesens sowie die Entmachtung der Großbanken und Versicherungen vor. Dies wurde allerdings nie durchgeführt. Das wurde schon von der amerikanischen Besatzungsmacht mit Unterstützung der rechten Sozialdemokratie, die der Bevölkerung was von Sozialismus vorgaukelte, verhindert.

1947 wurde die Bewegung gegen das Erstarken des Monopolkapitals und gegen die Hungerpolitik immer mächtiger. Im ganzen Ruhrgebiet fanden Streiks von tausenden von Arbeitern statt. Die Losungen waren "Hinweg mit den Organisatoren des Hungers!", "Durchführung der demokratischen Bodenreform!", "Enteignung der Grubenbesitzer!", "Verstaatlichung der Grundstoffindustrie!"

Mitbestimmungsschwindel bis heute

Was schließlich die Arbeiter 1950 in den Betrieben der Montan-Union bekamen, die zu den Hauptkriegstreiberkonzernen gehörten und wo die Forderung nach Sozialisierung am stärksten war, war alles andere als das, wofür so lange gekämpft worden war. "Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat und ein Arbeitsdirektor im Vorstand, der wie sich bereits mehrmals gezeigt hat, hauptsächlich zur Abwiegung von Streiks benutzt wird – das war das traurige Ergebnis, für das sich bis heute die rechte Sozialdemokratie begeistert und von dem sich manche Kollegen noch etwas erhoffen. Damit war auch besiegelt, daß das Monopolkapital wieder Herr im Haus war. Damit war besiegelt, daß diese Art des Mitmischens der rechten Gewerkschaftsführer der "Ersatz" für die Sozialisierung sein sollte, die Böckler schon 1948 zugunsten des Marshallplans "vertagt" hatte (siehe S. 21).

Wenn heute Gewerkschaftsführer behaupten, mit der "Mitbestimmung" seien Arbeit und Kapital gleichberechtigt an einem Tisch, dann ist das glatt gelogen. Sogar dem schwedischen Gewerkschaftsbund hat das schon gedämmert; es heißt in seinem Programm: *"Das Dilemma liegt darin, daß es in der äußersten Konsequenz nicht möglich sein wird, effektive Formen der Mitbestimmung und dadurch Mitverantwortung zu finden, bei denen Kapital und Arbeit gleichgestellt sind, wenn man gleichzeitig freie und unabhängige Gewerkschaften haben will, die sich immer und vorbehaltlos auf die Seite des einzelnen Arbeiters stellen, wenn seine Interessen mit denen des Unternehmens kollidieren."*

Die Kommunistische Arbeiterzeitung (Nr. 45), Zentralorgan des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD, schreibt dazu: *"Es bleibt alles beim alten – nur daß 'Arbeitnehmervertreter' für das Geradestehen sollen, was das Kapital den Arbeitern beschert."* So hieß auch am 1. Mai 1973 die Losung des DGB ganz offen: **"Mitdenken, mitbestimmen, mitverantworten"**. Ja, das Mitverantworten

ten ist ihnen eigentlich die Hauptsache, nicht nur bei der Mitbestimmung, sondern bei all ihren "wirtschaftsdemokratischen" Vorstellungen, wo Gewerkschaftsführer in möglichst vielen Einrichtungen der Monopolbourgeoisie mitmischen wollen. Das wollte schon der Herr Dinkelbach, und genauso will es heute der Kriegsverbrecher Abs. So erklärte Abs bereits 1954:

"Die Regelung der Mitbestimmung wird sich , so glaube ich, auch in Zukunft bewähren, sofern sich nur die Sozialpartner wie bisher um eine loyale Zusammenarbeit bemühen und jeder bereit ist, dem anderen zu geben, was ihm gehört."

Derselbe Herr Abs ist mit der Zustimmung der Gewerkschaftsführer als "neutraler" Mann in Aufsichtsräte der Montanindustrie gekommen. Derselbe Herr Abs, der wegen seiner Nazi-Verbrechen in Jugoslawien sogar zum Tode verurteilt wurde, zeigt uns deutlich, was "Mitbestimmung" nach Art des Imperialismus ist: Wir Arbeiter und Angestellte sollen die Verbrechen des Monopolkapitals mitverantworten, letzten Endes also auch einen kriegerischen Raubzug des deutschen Imperialismus.



Mitbestimmung: Abs, Deutsche Bank, Siemens, "neutraler" Mann in der Montanindustrie

DAS ADENAUER-BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ (BVG) UND SEINE NEUAUFLAGE

Für eine fortschrittliche Betriebsverfassung

Bereits 1918 wurde ein heftiger Kampf um die Rechte der Betriebsräte geführt. Ein reaktionäres Betriebsrätegesetz sollte die Betriebsräte an die Interessen des Unternehmers binden. Nach 1945, als der deutsche Imperialismus am Boden lag, entstand wieder eine starke Betriebsrätebewegung, über die wir im vorigen Kapitel berichtet haben. Die Betriebsräte in der sowjetisch besetzten Zone und am Anfang auch die im Ruhrgebiet hatten sich solche Rechte erkämpft, daß der Unternehmer nichts mehr ohne die Zustimmung der Betriebsräte tun durfte. Nicht der Betriebsrat war an die Interessen der Unternehmer gebunden, sondern der Unternehmer mußte den Betriebsrat erst mal um Erlaubnis fragen, wenn er mit dem Betrieb oder mit der Belegschaft etwas vorhatte ! Spurte der Unternehmer nicht, dann organisierten die Betriebsräte Streiks.

Adenauer-BVG – Fesseln für die Arbeiterklasse

Das Adenauer-BVG war genau das Gegenteil von dem, was die Arbeiter in allen Teilen Deutschlands gefordert und ein Teil von ihnen auch schon erreicht hatte. Es sollte den Betriebsrat völlig an die Interessen des Betriebes binden. § 49 des Adenauer-BVG regelt die "vertrauensvolle Zusammenarbeit" "zum Wohl des Betriebes und seiner Arbeitnehmer unter Berücksichtigung des Gemeinwohls". Die Verwandtschaft zum Nazi-Gesetz "zur Ordnung der nationalen Arbeit" ist unverkennbar, dort heißt es: "...gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volke und Staat". Weiter heißt es im Adenauer-BVG: "Insbesondere dürfen Arbeitgeber und Betriebsrat keine Maßnahmen des Arbeitskampfes gegeneinander durchführen." Der Betriebsrat, der sich strikt an den § 49 hielt, war zwangsläufig ein Lakai der Unternehmer. Und ein Betriebsrat, der wirklich trotz allem etwas durchsetzen wollte, konnte nicht einmal die einzige Sprache sprechen, die die Unternehmer verstehen: die Streikdrohung und schließlich die Durchführung des Streiks. Schweigepflicht gegenüber den Kollegen und Verbot der politischen Betätigung ergänzten dann nur noch dieses Unternehmergegesetz.

Der Kampf gegen das Adenauer- BVG endete mit einer Niederlage

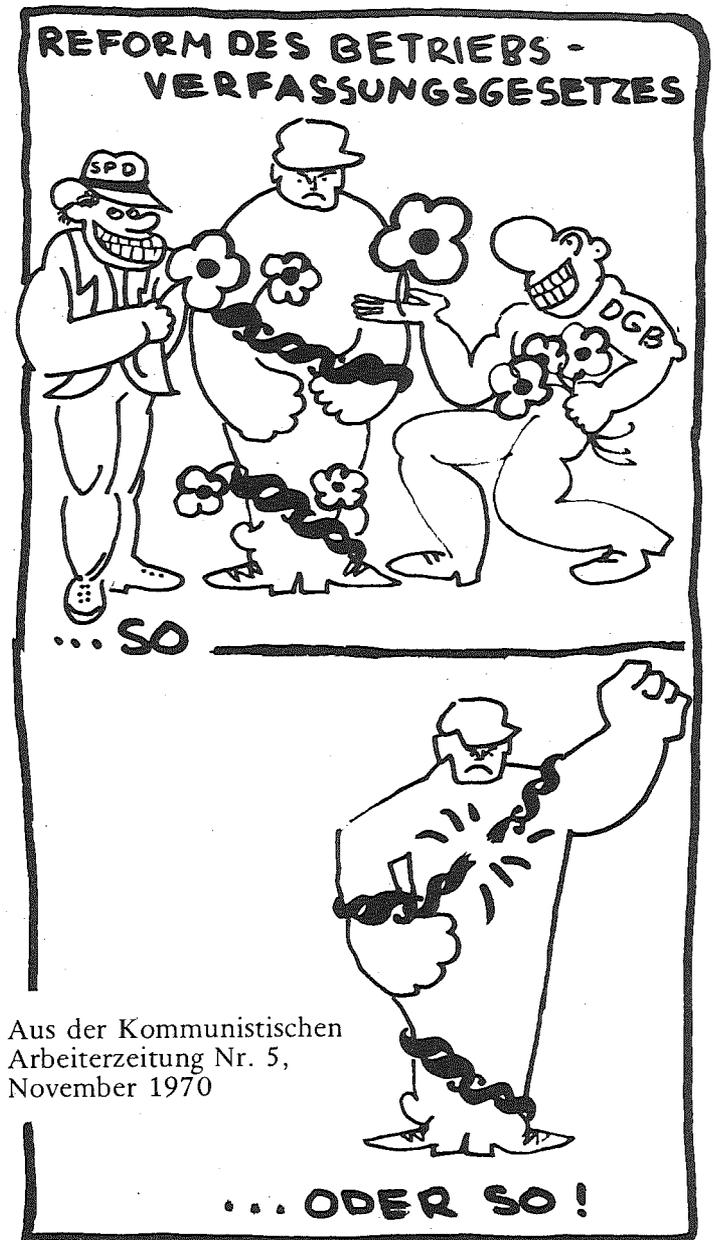
Daß sich Adenauer als Vertreter des deutschen Monopolkapitals überhaupt schon so weit vorwagen konnte, ein so reaktionäres Gesetz in den Bundestag zu bringen, war nur ein Zeichen dafür, daß das Monopolkapital schon wieder in der Offensive war. Die rechte Gewerkschaftsführung hatte sich schon auf die Forderung nach "paritätischer Mitbestimmung" in den Aufsichtsräten beschränkt, jetzt war der Weg für die Reaktion frei, um Gesetze durchzupeitschen, die der Arbeiterschaft auch die letzten Rechte nehmen sollten.

Am 31. Oktober 1950 wurde der Entwurf der Adenauer-Regierung dem Bundestag zugeleitet. Die Gewerkschaftsführung unterließ es jedoch, sofort die Arbeiter davon umfassend zu unterrichten und sie auf Kampfmaßnahmen vorzubereiten, und bereitete so schon ihren neuerlichen Verrat vor. Als schließlich der Entwurf 1952 an die Öffentlichkeit kam, rief er sofort den Protest hunderttausender westdeutscher Gewerkschafter hervor. In allen Teilen Westdeutschlands protestierten die Werktätigen in machtvollen Demonstrationen, obwohl die Polizei in München, Nürnberg und anderen Städten Wasserwerfer gegen die Demonstranten einsetzte. In Hamburg und in München demonstrierten 150 000, in Dortmund 80 000, in Aachen und Wuppertal 60 000; insgesamt waren es über zwei Millionen Werktätige, die gegen die reaktionäre Politik der Bundesregierung vorgingen. Zahlreiche Werktätige forderten den Vorstand des DGB auf, den Generalstreik auszurufen. In vielen Betrieben wurde die Arbeit kurzfristig niedergelegt. Die Delegierten von 130 000 Mitglieder der IG Bergbau des Bezirks Essen erklärten sich bereit, alle gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen anzuwenden, damit die Forderungen des DGB erfüllt werden, nämlich die Ablehnung des Gesetzes und Mitspracherecht der Betriebsräte in allen personellen Fragen und bei Betriebsänderungen. 250 Delegierte der IG Metall forderten auf einer Konferenz im Namen von 51 000 Gewerkschaftern den Streik gegen das BVG.

Am 4. Juni, während die Protestaktionen im vollen Gange waren, beschloß der DGB-Bundesvorstand, alle Aktionen abubrechen.

Was war geschehen ?

Nichts weiter, als daß der Erzreaktionär Adenauer der Gewerkschaftsführung gnädigst seine Verhandlungsbereitschaft erklärt hatte und höflichst darauf hinwies, daß die außerparlamentarischen Maßnahmen nicht geeignet für ein günstiges Gesprächsklima wären. Mit dieser unglaublichen Anbiederungspolitik, daraufhin auf Kampfmaßnahmen zu verzichten, fiel der DGB-Vorstand unter Führung von Fette of-



Aus der Kommunistischen
Arbeiterzeitung Nr. 5,
November 1970

fen der kämpfenden Arbeiterklasse in den Rücken. Innerhalb der Gewerkschaften hagelte es nach diesem Verrat Proteste. In der IG Chemie nahm der 2. Gewerkschaftskongreß im Juni 1952 gegen den Willen der Antragskommission eine EntschlieÙung an, "die gewerkschaftlichen Mittel einzusetzen, um ein fortschrittliches BVG zu erzwingen", Gegen zahlreiche Funktionäre, die sich auf der Seite der Arbeiter befanden, wurden Ausschlußverfahren angesetzt.

Auf Grund der opportunistischen, versöhnlerischen Haltung der Gewerkschaftsführung aber ebte der Protest der Arbeiter schließlich ab. Das BVG wurde mit all seinen arbeiterfeindlichen Paragraphen voll von der Reaktion durchgesetzt.

Die rechte Sozialdemokratie zeigte dabei noch einmal ihr wahres Gesicht, nachdem sie schon den Kampf in den Gewerkschaften hintertrieben hatte: Während sie im Bundestag gemeinsam mit der KPD gegen das Adenauer-BVG stimmte, stimmte sie im Bundesrat, wo sie damals die Mehrheit hatte, dafür!

"Neues" BVG – ein alter Hut

1970 war die Diskussion um eine Reform des BVG voll im Gang. Viele Arbeiter erhofften sich von der neuen SPD-Regierung, daß das neue BVG kein Adenauer-BVG mehr sein würde. Sie wurden in ihrer Hoffnung getäuscht.

Schon ihre eigene Organisation, der DGB, gab sogar von Anfang an klar zu verstehen, daß er diesmal offen und voll auf der Seite der Reaktion stand: Er legte einen Gesetzentwurf vor, in dem – der § 49 blieb, so wie er war: "vertrauensvolle" Zusammenarbeit, Verbot des Arbeitskampfes, – die Schweigepflicht des Betriebsrats gegenüber den Kollegen blieb.

Damit waren die wesentlichen reaktionären Bestimmungen, die die Arbeiterklasse fesseln sollen, auch im DGB-Entwurf enthalten. Was nützen da die ganzen schönen Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats, wenn hinter dem Unternehmer das Kapital, der Staat, die Gerichte stehen, während der Betriebsrat nicht einmal die Belegschaft mobilisieren darf ?

Was dann schließlich mit Hilfe der SPD-Abgeordneten herauskam,

sah so aus:

Das, was vorher im § 49 stand, ist jetzt auf die §§ 2 und 74 aufgeteilt. Schweigepflicht und Verbot der parteipolitischen Betätigung bleiben erhalten.

Der Widerstand hat noch nicht gereicht

Es war kein Wunder, daß der Kampf für eine fortschrittliche Betriebsverfassung 1970 erst recht scheitern mußte, legte doch der DGB selbst einen reaktionären Gesetzentwurf vor, und drängte auf Verabschiedung des Gesetzes.

Das "neue" BVG wurde vom Bundestag 1970 durchgepeitscht, da es abzusehen war, daß die durch Verrat und Spaltung geschwächte Arbeiterbewegung wieder zu kämpfen anfing. Deshalb mußte erst mal die Diskussion um das BVG beendet werden, so wollte es das Monopolkapital, und der DGB spurte. Einen anderen Grund zur Verabschiedung eines wieder reaktionären BVG kann es gar nicht geben. Widerstand gab es auch gegen das "neue" BVG, aber er reichte nicht aus. In vielen Betrieben Westdeutschlands kam es zu Protesten gegen die Neuauflage des Adenauer-BVG.

Die Belegschaft des Münchener Merkur lehnte auf einer Betriebsversammlung den Regierungsentwurf ab, ebenso die Vertrauensleute von Arri in München, die die Organisierung von Straßendemonstrationen und Warnstreiks forderten. In verschiedenen Städten in Westdeutschland fanden Demonstrationen gegen den Regierungsentwurf statt. Eine Funktionärskonferenz der IG-Metall und eine Delegiertenkonferenz der HBV in München forderten ebenfalls Kampfmaßnahmen gegen den Regierungsentwurf. Nach der Verabschiedung des "neuen" BVG gab der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD in der Kommunistischen Arbeiterzeitung (Nr. 18) folgende Stellungnahme ab:

"Die Front gegen das BVG war nicht geschlossen genug. Viele Kollegen haben vorher darauf vertraut, daß unsere "Führer" den Willen der Mehrheit schon durchsetzen werden. Diese Führer haben uns zum Stillhalten aufgefordert, damit uns nun zur Leine auch noch der Maulkorb umgehängt wurde.

Sie geben jetzt die Parole aus, das BVG auszunützen. Kollegen, haben diese Leute nicht oft genug dafür gesorgt, daß klassenbewußte Kollegen nicht auf die Betriebsräteliste kamen, oder haben sie nicht zahlreiche Betriebsräte dabei unterstützt, verlängerter Arm der Betriebsbosse zu werden ? Davon werdet ihr alle ein Lied singen kön-

nen.

Sorgen wir dafür, daß bei der kommenden Betriebsrätewahl nur solche Kollegen kandidieren, die bereit sind, die wenigen Möglichkeiten voll auszuschöpfen ! Führen wir den Kampf in den Betrieben und in unseren Gewerkschaften weiter gegen diejenigen, die hinter unserem Rücken Ja zum "neuen" BVG gesagt haben. Stärken wir die organisierte Kraft aller Kolleginnen und Kollegen zum Sturz dieser Unternehmerverordnung!

25 JAHRE UNTERSTÜTZUNG VON IMPERIALISMUS UND MILITARISMUS

DGB- Führer für Hungerpolitik, Remilitarisierung und Kriegspolitik gegen die DDR

Von Anfang an bekannten sich die DGB-Führer zum amerikanischen und zum deutschen Imperialismus. Eins der schlimmsten Beispiele dafür war der **Marshallplan**. Dieser Plan der US-Regierung hatte zum Ziel, die westdeutsche Bevölkerung total auszubluten. Er hatte Arbeitslosigkeit, Arbeitstage von 10 - 11 Stunden und Hungerlöhne zur Folge. Der Marshallplan wurde vom Weltgewerkschaftsbund 1948 als imperialistische Machenschaft zur Versklavung der Völker Europas abgelehnt. Ganz anders die DGB-Führer, allen voran der spätere DGB- Vorsitzende Böckler. Sie beriefen eine Spalterkonferenz gegen den WGB ein, an der auch amerikanische Gewerkschaftsführer beteiligt waren. Diese Konferenz fand an dem Marshallplan nichts Schlimmes.

Vertreter der amerikanischen Militärregierung wie z.B. Herrenberg, erklärten offen:

"Das deutsche Volk soll sich keinen Illusionen hingeben. Der Marshallplan ist die konsequente Restaurierung des Privatkapitalismus. Mit ihm ist keine Art von Sozialismus zu vereinbaren."

Böckler erklärte in einem Interview mit der Rheinischen Post:

"... Jedoch muß ich betonen, daß wir Gewerkschafter gewisse Absichten und Ziele verfolgen, z.B. die Sozialisierung der Grundstoffindustrien. Da sehen wir die Möglichkeit einer Ablehnung des Marshallplans, falls die Amerikaner die Sozialisierung ablehnen würden. Sollte aber das Leben unseres Volkes von der amerikanischen Hilfe abhängen, dann wären wir bereit, die Sozialisierungsforderung vor-

erst zu vertagen."

Reuter, später stellvertretender Vorsitzender des DGB, machte im Bayerischen Gewerkschaftsbund sogar die Zustimmung zum Marshallplan zum Prüfstein für die Gewerkschaftsfunktionäre und forderte die Gegner des Marshallplans auf, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen !

Böckler ließ seine zustimmende Haltung zum Marshallplan nach der Londoner Spalterkonferenz anschließend vom Vorstand und Beirat des DGB (britische Zone) bestätigen — mit einer Gegenstimme des kommunistischen Bergarbeiterführers Agatz.

Viele Gewerkschaftsmitglieder waren mit dieser Entscheidung keineswegs einverstanden und verlangten eine breite Diskussion dieser schwerwiegenden Frage innerhalb der Gewerkschaft. Auf den wachsenden Druck der breiten Mitgliedermassen wurde schließlich vom Vorstand ein außerordentlicher Bundeskongreß einberufen. Böckler hielt das Hauptreferat, den Gegnern des Marshallplans wurde kein Referat zugestanden. Nach acht Diskussionsrednern, von denen fünf gegen und drei für den Marshallplan waren, wurde Antrag auf Schluß der Debatte gestellt und durchgeboxt. Das Protokoll des Kongresses verzeichnete "übergroße Mehrheit" für die Haltung Böcklers und des Vorstands zum Marshallplan.

Die Gründung der BRD war für die rechten Gewerkschaftsführer kein Akt der Spaltung, wie es alle fortschrittlichen Menschen in ganz Deutschland sahen. Sie bekannten sich voll und ganz zum Adenauerstaat. So bezeichnete z.B. der frühere Gewerkschaftsfunktionär und jetzige Kriegsminister Leber die Gewerkschaften als Ordnungsfaktor im Staat.

Ein besonders beschämendes Beispiel dieser Anbiederungspolitik lieferten die DGB-Führer Fette und vom Hoff. Sie fuhren 1951 Adenauer in seinen Urlaubsort in der Schweiz nach.

Wirkliche Gewerkschaftsführer, Vertreter der Arbeiterklasse Deutschlands hätten gerade während der Abwesenheit von Adenauer die Kämpfe so organisiert, daß ihm der weitere Urlaub vergangen wäre. Stattdessen ist Fette nach der Schweiz gefahren. Was hat er dort erklärt ? Er hat dort Adenauer erklärt:

" Die Gewerkschaften haben durch ihre Spitzenorganisationen niemals eine Parole zum Starten einer dritten Welle von Lohnforderungen herausgegeben ! "

Das heißt also, Fette ist auf den Bürgerstock gegangen und hat sich dort vor Adenauer entschuldigt. Und das nennt sich Gewerkschaftsführer ! (14)

Die Beschlüsse der New Yorker Außenministerkonferenz und des NATO-Rats über die **Remilitarisierung der Bundesrepublik** lösten in der Weltöffentlichkeit und auch in Westdeutschland große Empörung

aus. Nur ein Beispiel für die gewaltige Bewegung gegen den Militarismus war die 1. Jugendtagung der IG Bergbau am 24. September 1950 in Bochum. 25 000 Jungarbeiter riefen dem Bundespräsidenten Heuss im Sprechchor zu:

"Wir wollen keine Soldaten sein - Theodor geh du allein !"

1951 entstanden in den Betrieben, Städten und Gemeinden Volksbefragungsausschüsse gegen die Remilitarisierung. 35 000 Menschen unterschrieben bei ersten Probeabstimmungen für die Volksbefragung.

Immer gewaltigere Formen nahm die Volksbewegung gegen die Remilitarisierung an. Bei Abstimmungen über die Remilitarisierung in ganz Westdeutschland, die trotz Terror und Verfolgung von Polizei und Justiz, trotz Verleumdungen durch SPD- und DGB-Führer durchgeführt wurden, entschied sich die überwiegende Mehrheit gegen die Remilitarisierung: in Aachen 94,2%, in Bochum 90%, in Hamburg und in Köln 91%, in Saarbrücken 94,4%. Trotz eines riesigen Polizeiaufgebots sammelten hunderte von Frauen vor den Toren der Krupp-Werke 11921 Ja-Stimmen von 12009 Befragten. Ähnlich war es in den Farbwerken Höchst und in den Anilin- und Sodawerken Ludwigshafen.

Aufgrund dieser mächtigen Volksbewegung mußten die Imperialisten die Wiederaufrüstung vorläufig verschieben.

Als bekannt wurde, daß die Imperialisten die Aufnahme Westdeutschlands in den NATO-Block betrieben, flammte der Widerstand gegen die Remilitarisierung erneut auf. In machtvollen Demonstrationen forderten die Arbeiter am 1. Mai 1952 das Verbot der Wiederaufrüstung. Am 11. Mai 1952 wurde bei einer Friedensdemonstration im Ruhrgebiet der Junggewerkschafter und Kommunist Philipp Müller, Jungarbeiter im Münchener Eisenbahn-Ausbesserungswerk Freimann, von der Polizei erschossen.

Sogar angesichts dieses Mordes erzählten die DGB-Führer, die Kämpfe gegen die Remilitarisierung seien überflüssig, weil sie ja Neuwahlen für den Bundestag beantragt hätten und an das Bundesverfassungsgericht einen Verbandsantrag gegen die Remilitarisierung gestellt hätten.

Dazu bleibt nur noch zu bemerken, daß "Kollege" Leber, ehemals Gewerkschaftsführer, sich heute den Posten des Kriegsministers ergattert hat.

Nicht viel anders war es beim Kampf gegen die Pariser Verträge. Die Pariser Verträge gaben den Weg für die Aufstellung einer westdeutschen Armee von 500 000 Mann frei und sahen die Eingliederung der westdeutschen Armee in die Streitkräfte der NATO vor. Sie schränkten die Souveränität Deutschlands ein und beinhalteten

die Einverleibung der DDR durch die Westmächte und den deutschen Imperialismus.

Der Höhepunkt der Kämpfe gegen die Pariser Verträge war eine Massenkundgebung in der Frankfurter Paulskirche, die zwar vom damaligen DGB-Vorsitzenden Freitag mit organisiert war, wo aber die Gewerkschaftsfunktionäre nicht als Vertreter des DGB, sondern als Einzelpersonlichkeiten auftraten, da ihnen ein Posten in der neu zu gründenden Stahlvereinigung von Adenauer versprochen worden war (15).

Die 3. Landesbezirkskonferenz des DGB Bayern, die 900 000 Gewerkschaftsmitglieder vertrat, forderte ein Volksbegehren gegen die Pariser Verträge.

Der Vorstand des DGB lehnte dies ab und verhöhnte noch die Kollegen, indem er ihnen stattdessen eine Unterschriftensammlung empfahl! Kampfmaßnahmen lehnten die DGB-Führer sowieso wieder mal ab.

Nach der Ratifizierung der Pariser Verträge wurden sie vom DGB-Vorstand sofort als "verpflichtendes Gesetz" bezeichnet !

Wie sehr die DGB-Führer den Kurs des deutschen Imperialismus nahmen, sieht man auch daran, daß sich Ludwig Rosenberg vom DGB an einem "Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" beteiligte. Dieser Beirat sollte "Überleitungsmaßnahmen" im Falle der "Machtübernahme in der Sowjetzone" ausarbeiten. (16)

Bei ihrem Kampf gegen den Militarismus erreichten die westdeutschen Gewerkschafter wenigstens eins: Christian Fette und Hans vom Hoff, die offen für einen westdeutschen "Verteidigungsbeitrag" eingetreten waren, wurden vom 2. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB im Oktober 1952 von den Delgierten kritisiert und nicht mehr in den DGB-Vorstand gewählt, da die Empörung der Gewerkschaftsmitglieder in ganz Westdeutschland über diese beiden Verräter immer mehr wuchs. Neuer Vorsitzender wurde Walter Freitag, der allerdings auch die imperialistische Politik des Adenauer-Regimes vertrat. Wenigstens wurde damit einmal den Gewerkschaftsführern in aller Deutlichkeit gezeigt, daß man sich eben doch nicht restlos alles gegen die Kollegen erlauben kann und daß jeder von ihnen seinen gemütlichen Posten verlieren kann, wenn es den Kollegen zu bunt wird.

Welches Verhältnis heute der DGB zum Militarismus hat, kann man

unter anderem daran feststellen, daß sowohl in dem DGB-Organ "Welt der Arbeit" wie auch in der Jugendzeitschrift "ran" schon für die Bundeswehr geworben wurde!

Anzeige



Willy Brandt für die NATO-Politik

Keine Senkung der Rüstungslasten

Brandt Entschlossen gegenüber dem Osten. Das ist die Politik der Bundesregierung. Brandt-Gesandter wird Brandt mit dem Ziel zurück. Die eigene Sicherheit kann es keine Entspannung geben. Brandt sagt der Kritik auch ein klares Wort. Brandt sagt der Ostpolitik seiner Regierung zu.

Junge Demokraten sind für den Frieden. Deshalb verteidigen sie den BRG unter verantwortlichen Regierungspolitikern. Und mit der Bundeswehr. "ran"-Leser erhalten direkt Auskunft über die Bundeswehr. Direkt von "Brandt-Sprecher in Bonn", dem Gewerkschaftskollegen Georg Leber, jetzt Bundesverteidigungsminister, Bonn, Hauptstraße.

DDR-Jugend trifft genau ins Schwarze

Die DDR-Jugend... (text continues)

FDJ für Volksarmee

Der Wehrdienst ist eine Ehrensache

Die FDJ... (text continues)

Armee general H. Hoffmann schießt scharf

Der Staat unterstützt die... (text continues)

Mit Gewissen für Frieden

Die DDR... (text continues)

Mit Gewehr gegen Krieg

Die DDR... (text continues)

Diese "Anzeige" war in "RAN", dem Jugendorgan Nr. 34 des DGB zu finden. Unter dem Bild: Kriegsminister Leber im Gespräch mit Soldaten, die ihre Freiheit verteidigen ...

Notstandsgesetze: Generalstreik abgesagt

Der Kampf gegen die Notstandsgesetze ist ebenfalls ein dunkles Kapitel in der Geschichte der DGB-Führung. Die ganzen Sechziger Jahre hindurch hatten die fortschrittlichen Menschen in Westdeutschland gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze gekämpft, und immer wieder mußte deshalb die Verabschiedung verschoben werden. 1968 wurden die Notstandsgesetze mit den Stimmen der SPD beschlossen, gegen die heftigen Proteste zehntausender Demokraten.

Die Forderung der 70 000 Menschen, die am 11. Mai 1968 "zum Sternmarsch auf Bonn" zusammengekommen waren, hieß: Generalstreik! Diesen Demokraten war bewußt, daß nur die geschlossene Front der Arbeiterklasse die Notstandsgesetze hätte verhindern können. Folgende Erklärung hatte der DGB-Vorstand dazu abzugeben:

"Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in jahrelangem Kampf und in einer großangelegten Aufklärung immer wieder der Bevölkerung und den Bundestagsabgeordneten seine schwerwiegenden Bedenken zu den Notstandsgesetzen vorgetragen. Dieser Kampf ist nicht vergeblich gewesen. Der DGB hat erreicht, daß es nicht zu der ursprünglich viel weiter gehenden Einschränkung der Grundrechte gekommen ist.

Der Bundesvorstand des DGB lehnt einen allgemeinen Streik (Generalstreik) zur Verhinderung der Notstandsgesetze ausdrücklich ab, denn er hält es für einen Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie, gegen einen mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß des Bundestages zum Streik aufzurufen. Der DGB wird aber auch nach einer endgültigen Verabschiedung der Notstandsgesetze in der dritten Lesung mit demokratischer Wachsamkeit darauf achten, daß die Notstandsgesetze nicht mißbraucht werden. Jedem Mißbrauch der Notstandsgesetze wird der DGB mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln begegnen." (17)

Diese Erklärung war eine gewaltige Enttäuschung für alle demokratischen Kräfte. Die rechtssozialdemokratischen DGB-Führer hatten mit dem Verzicht auf Generalstreik der SPD-Führung, in der sie ja schließlich selber drinsitzen, das offene Eintreten für die Bourgeoisie, den Weg in die Regierung erleichtert. Die Forderungen der Gewerkschaftskollegen und tausender von Demokraten waren ihnen egal.

Einer der schlimmsten Spalter der Front gegen die Notstandsgesetze war der ehemalige Vorsitzende der IG Bau-Steine-ERden, Leber, der inzwischen Mitglied der Koalitionsregierung von SPD und CDU war. Auf dem 7. Gewerkschaftstag der Bau-Steine-Erden tat er sich besonders dabei hervor, die Einheit der Kollegen gegen die Notstandsgesetze zu zerbrechen.

Trotz alledem wurden die Kämpfe gegen die Notstandsgesetze in Betrieb und Gewerkschaft geführt. In mehreren Druck- und Metallbetrieben wurden Streiks organisiert, z.T. auch mit Unterstützung der örtlichen Gewerkschaftsleitungen, die von ihren Mitgliedern gezwungen wurden, sich gegen den Beschluß des DGB zu stellen. Dies war auch insbesondere in München der Fall, wo Metalller und Demokraten aus allen Bevölkerungsschichten gemeinsam gegen die Notstandsgesetze kämpften. In diesen Aktionen wurde auch der Grundstein des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD gelegt.

Wie in vielen anderen Betrieben in Westdeutschland fanden auch in den Firmen Rathgeber und Rockwell in München Streiks statt. Der Betriebsratsvorsitzende von Rockwell sollte deshalb fristlos entlassen werden, was aber durch einen Streik der gesamten Belegschaft verhindert wurde.

Im Vergleich zu diesen Kämpfen ist es umso empörender, daß die Macht der organisierten Arbeiter in ganz Deutschland nicht genutzt wurde, um die Notstandsgesetze zu verhindern !

Monopolkapital vor der Kampfkraft der Arbeiter bewahrt

Wir haben schon gesehen, daß sich die DGB-Führer immer nur dem Monopolkapital, dem Bonner Staat gefügt haben. Von Anfang an nahmen sie an allen möglichen staatlichen Gremien teil, um über die besten Möglichkeiten zu plaudern, wie man die Arbeiter ausplündern kann. Wer's nicht glauben will, braucht sich nur die **Konzertierte Aktion** anzusehen, die unter Beteiligung von Otto Brenner in der Krise 66/67 einen **Lohnstop** verordnete. Z.B. wurde in der IG Bergbau und Energie, deren Vorsitzender damals der heutige Arbeitsminister Arendt war, 1966 ein Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 25 Monaten abgeschlossen !

Das Monopolkapital war Otto Brenner sehr dankbar, was sich anlässlich seines Tods in den Beileidsschreiben des Bundeskartellamts, des Gesamtverbands der metallindustriellen Arbeitgeberverbände und von Hermann J. Abs ausdrückt, die über die normale Höflichkeit hinausgehen. So z.B. der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände:

"Wir glauben uns aber auch für die Zukunft mit Otto Brenner darin einig zu sein, daß die Demokratie in Deutschland, daß die Wirtschaft und die Unternehmungen in Deutschland nicht zum Spielball blinder Ideologie und selbstzerstörerischer Kräfte werden dürfen."

(18)

Wenn der Druck der Arbeiterklasse zu stark wird, hilft natürlich auch keine Konzertierte Aktion mehr. Das wurde bei den **"Septemberstreiks" 1969** und bei den **Streiks um Teuerungszulage im Sommer 1973** nur zu deutlich. Wo man mit offener Kollaboration mit den Unternehmern nicht mehr weiterkommt, da versucht man es eben anders z.B. mit dem Verheizen.

So haben die Gewerkschaftsführer immer Streiks im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vermieden, sondern höchstens Urabstimmungen dort durchgeführt, um nachher wieder den Streik abzublasen. Große Streiks fanden in den letzten 25 Jahren in Hessen, Bayern, Schleswig-Holstein und Baden Württemberg statt, aber nie im größten Stahl- und Eisen-Industriegebiet Nordrhein-Westfalen ! Ein Gesamtstreik kam schon gar nicht in Frage, was auch noch mit einer besonders raffinierten Taktik begründet wurde. Ein besonders übles Mittel, um die Arbeiter in die Knie zu zwingen, sind die **Schieds- und Schlichtungsvereinbarungen**, wie sie z.B. in der Metallindustrie und Druckindustrie existieren. Durch diese Vereinbarungen wird die Friedenspflicht der Gewerkschaft verlängert, die erst einmal einen "Schlichtungsspruch" abwarten muß, ehe sie in den Kampf gehen kann. Und diese Vereinbarungen sind von den Gewerkschaftsführern freiwillig eingegangen worden ! Besonders übel haben sich diese Vereinbarungen in der Metalltarifrunde 1974 ausgewirkt; monatelang wurden die Kollegen mit Verhandlungen und anschließenden Schlichtungsverhandlungen zermürbt, während denen nur minutenlange Warnstreiks, zum Teil mit Genehmigung der Geschäftsleitungen, durchgeführt wurden. Ganz offensichtlich wurde das üble Vorgehen der Gewerkschaftsführer, wenn nach abgebrochenen Streiks das Verhandlungsergebnis angenommen werden sollte. Bei dem großen Streik der über 32 000 Metallarbeiter in Schleswig-Holstein z.B., wo es um die Bezahlung von Krankheitstagen und mehr Urlaub ging, wurde ein Kompromiß ausgehandelt,

der nicht an die Forderungen der Arbeiter heranreichte. Diesen Kompromiß lehnten die Kollegen nach viermonatiger Streikdauer mit 57,66 % der Streikenden ab, 39,66 % stimmten zu. Bei der Metalltarifrunde 1972/73 hatten sich die Stahlarbeiter in Nordrhein-Westfalen mit 87 % der Stimmberechtigten für Streik ausgesprochen. Vor dem Streiktermin wurde der völlig unzureichende 8,5 %-Kompromiß ausgehandelt. In der folgenden Urabstimmung stimmten 52 % der Stimmberechtigten gegen das Ergebnis und nur knapp 26 % dafür!



Streik in Unterweser 1974

Auch dieses Jahr, 1974, war den Metallern wieder deutlich sichtbar, wie Kollegen um die Früchte ihres Kampfes gebracht wurden: Als in Unterweser ein Ergebnis ausgehandelt wurde, das weit unter dem Schlichtungsspruch von 14 % lag, stimmten 56 % dagegen, und nur 32 % dafür. In allen diesen Fällen haben 25 % der Stimmberechtigten ausgereicht, um das Ergebnis anzunehmen! Daraus muß man nicht nur die Konsequenz ziehen, eine erforderliche Mehrheit von über 50% für die Annahme eines Ergebnisses zu fordern. Viele Kollegen haben schon die Konsequenz aus dieser Politik der Gewerkschaftsführer gezogen, so zum Beispiel bei den Septemberstreiks 1969 und im Sommer 73, wo viele Kollegen in selbständigen Streiks um Teuerungszulagen kämpften, nachdem die Ergebnisse der Tarifrunden vollkommen unzureichend gewesen waren. Die Kollegen piffen dabei auf Friedenspflicht, Tariflaufzeit und Beschim-



Weg mit den Leichtlohngruppen – Für Teuerungszulage!
(Pierburg, Neuß 1973)

pfungen von der rechten Gewerkschaftsführung. Und siehe da: die Kollegen erreichten etwas! In einer Gewerkschaft, die wirklich die Kampfkraft der Kollegen ausnutzt, hätten sie natürlich noch viel mehr erreicht. Ändern kann man an der Gewerkschaft aber auch nur im Kampf etwas, wie das Beispiel Fette und vom Hoff zeigt, die über die Kämpfe gegen die Remilitarisierung gestolpert sind.

Die soziale Demontage marschiert

Durch die völlige unzureichende Tarifpolitik und das ständige Abblocken der Kämpfe der Kollegen verschlechtert sich die Lage der ~~werk~~tätigen Bevölkerung zusehends. Die Löhne halten mit den Preisen überhaupt nicht mehr mit. Die Gewerkschaftsführer lassen es bei müden Protesten gegen die Preisstreiberei bewenden, anstatt in die Lohnoffensive zu gehen, die einzige Möglichkeit, die die Arbeiterklasse in dieser Situation hat, solange sie noch nicht die Kraft hat, insgesamt gegen das kapitalistische System vorzugehen. So war es auch schon 1948, als die DGB-Führung immer wieder aufgefor-

bert wurde, den Generalstreik gegen die Hungerlöhne auszurufen. Durch die Arbeitermassen gezwungen, wurde der Generalstreik schließlich ausgerufen, aber nur für 48 Stunden und an einem Freitag! Die DGB-Führung hatte überhaupt kein Interesse an der Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter. DGB-Führer Böckler behauptete sogar, ein Generalstreik würde "nicht ein einziges Korn, ein einziges Brot mehr" bringen, Wichtiger aber war den Gewerkschaftsführern die Komiteearbeit gegen den Preiswucher. Bei ihren Forderungen nach Preissenkungen und gegen den Preiswucher "vergaß" die Gewerkschaftsführung glatt die Forderung nach Lohn- und Gehaltserhöhungen !



Rationalisierungsoffensive:
Immer unerträglicher wird die Arbeitshetze.

Immer mehr werden auch die Arbeiter durch die Rationalisierungsoffensive des Kapitals ausgepreßt. Ein Zeichen dafür ist die Unfallrate, die 1966 rund 3,5 mal so hoch wie in der Weimarer Zeit und mehr als doppelt so hoch wie im faschistischen Deutschland lag. Die Rationalisierungsoffensive wird von den Gewerkschaftsführern sogar noch direkt unterstützt, indem sie Haustarifverträge abschließen oder Betriebsvereinbarungen empfehlen, mit denen noch spezielle Antreibersysteme festgelegt werden und die Einheit der Arbeiterklasse gefährdet wird. Eins dieser Systeme ist z.B. die Siemens-Arbeitsbewertung. Auch gegen die Akkordschinderei wird von der Gewerkschaftsführung nur auf Druck von unten etwas unternommen, was z.B. 1973 in Nordbaden-Württemberg der Fall war, wo die Metaller als Erfolg bezahlte Pausen bei Akkordarbeit verbuchen konnten.

25 JAHRE KAMPF GEGEN DEN FORTSCHRITT

Kommunistenjagd von Anfang an

Die Antikommunismusbeschlüsse sind keine Erfindung der Gewerkschaftsführer der siebziger Jahre. Am 21. März 1950 faßte bereits der Beirat der IG-Metall den Beschluß, die Verbreitung von Druckschriften des FDGB mit Ausschluß zu ahnden. 1951 beschloß der IG-Metall-Beirat, daß alle IG-Metall-Funktionäre ein Revers unterzeichnen mußten, daß die These 37 zum Parteitag der KPD, die die Wahrheit über die rechten Gewerkschaftsführer sagte, als gewerkschaftsfeindlich abzulehnen sei. Viele Kommunisten und andere Demokraten wurden damals aus der IG Metall ausgeschlossen oder ihrer Funktion enthoben. Auch Willi Bleicher mußte damals den IG Metall-Vorstand, dem er angehörte, verlassen, "im Zeichen des kalten Krieges", wie in der "Metall", der Zeitung der IG Metall, entschuldigend festgestellt wird. Erst nachdem er 1951 aus der KPD ausgetreten und in die SPD eingetreten war, stand dem neuerlichen Weg in die Spitze nichts mehr im Wege: 1959 wurde Willi Bleicher IG-Metall-Bezirksleiter von Stuttgart. (19)

Auch der ehemalige Vorsitzende der IG Bau, Steine, Erden und heutige Kriegsminister Georg Leber tat sich in der Kommunistenjagd hervor. Er tauschte den gesamten Bezirksverband Nordrhein in einer Nacht- und Nebelaktion aus. Daß damit demokratisch gewählte Kollegen einfach abgesetzt wurden, störte ihn wenig. Der Bezirk war ihm zu "kommunistisch unterwandert", deshalb mußte er ausgetauscht werden, und damit Basta !

25 Jahre DGB – der "kalte Krieg" geht weiter

Was zu den Zeiten von Willi Bleichers KPD-Zugehörigkeit von den Gewerkschaftsführern scheinheilig als "kalter Krieg" bezeichnet wird, ist auch heute nicht zu Ende.

Nein, die Gewerkschaftsführung steht im Krieg mit allen fortschrittlichen Kräften, besonders mit den Kommunisten, und das um so mehr, je mehr sich die Arbeiterklasse wieder stärkt und organisiert.

Eins der empörendsten Beispiele ist der Ausschluß der drei Betriebsratskollegen von Daimler-Benz Hoss, D' Andrea und Mühleisen. Sie waren nicht auf die gewerkschaftlichen Kandidatenlisten zu den Betriebsratswahlen aufgenommen worden und kandidierten deshalb auf einer eigenen Liste. Wie recht sie damit hatten, bewies das Wahlergebnis: Sie wurden alle drei in den Betriebsrat gewählt, wobei sie bei der Stimmenzahl sogar 9 Sitze hätten beanspruchen können, wenn sie nicht nur zu dritt gewesen wären. Da wäre wohl der Ausschluß derer, die diese drei Kollegen nicht auf die IGM-Liste gelassen haben, passender gewesen.

In letzter Zeit wurden von der IG Metall, von der IG Textil und von der IG Druck und Papier Beschlüsse gegen die Kommunisten gefaßt. Auch der DGB empfiehlt den Gewerkschaften, solche Beschlüsse zu fassen.

Einiges und geschlossenes Vorgehen kann aber diese Beschlüsse wirkungslos machen. Das beweist der Fall Hans Zintl: Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier mußte das Ausschlußverfahren gegen den Kommunisten Hans Zintl zurückziehen. Was war geschehen?

Die Kollegen hatte es so empört, daß gegen Hans Zintl ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden war, daß sie ein Initiativkomitee bildeten und in unermüdlichem Einsatz Unterschriften gegen den Ausschlußantrag sammelten. Auch aus ganz Westdeutschland und Westberlin kamen Proteste und Solidaritätsschreiben. Dieser Kampf hat die Drucker-Kollegen in München gestärkt: Ohne Gegenstimme verurteilten sie auf ihrer Jahreshauptversammlung 1973 den Antikommunismusbeschuß der IG-Druck und Papier-Führung.

Für die Einheitsgewerkschaft

Das Zentrale Komitee der Arbeiter-Basis-Gruppen (jetzt Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD) erklärte zum Antikommunismusbeschuß des Beirats der IG-Metall:

„ 1. Dieser Beschluß verdreht die Tatsachen. Gerade weil sich die Arbeiter-Basis-Gruppen die Lehren der KPD zu eigen machen, gehören sie im Gegensatz zu einigen sich kommunistisch nennenden Gruppen nicht zu den Befürwortern oder 'Trägern' einer sogenannten 'revolutionären Gewerkschaftsopposition', sondern verteidigen das Prinzip der Einheitsgewerkschaft.

Die Tätigkeit der Arbeiter-Basis-Gruppen ist in keinster Weise gewerkschaftsfeindlich, sondern dient immer und überall der seit den Anfän-

gen der Arbeiterbewegung feststehenden Aufgabe, daß die Gewerkschaften Kampforganisationen der Arbeiterklasse sein müssen.

2. Dieser Beschluß benutzt die großsprecherische Provokation einiger Leute, zur Bildung einer 'revolutionären Gewerkschaftsopposition' aufzurufen, offensichtlich nur als willkommenen Vorwand zu Hetzjagd gegen die Kommunisten in den Gewerkschaften .

Der Beirat der IG Metall ist es, der sich damit gegen die große Erregungenschaft der Arbeiterbewegung stellt, nämlich gegen die Einheitsgewerkschaft, in der Sozialdemokraten, Parteilose, Christen und Kommunisten im Interesse der Arbeiterklasse zusammenwirken.

3. Dieser Beschluß stellt sich in die verhängnisvolle Tradition der Maßnahmen der ADGB-Führer, die gegen die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder vorgehen, statt die Einheit im Kampf gegen rechts zu suchen, und der antikommunistischen Maßnahmen von Gewerkschaftsführern in der Zeit des 'Kalten Krieges'.

Damit machen sich die Gewerkschaftsführer nicht nur erneut zum Vorreiter eines Verbots kommunistischer Organisationen. Sondern ein derartiges Vorgehen gegen besonders aktive Gewerkschafter kann, wenn es Erfolg hat, nur zu einer Schwächung der Gewerkschaften führen, was angesichts der sich verschärfenden Angriffe der Unternehmer gegen die Gewerkschaften und der zunehmenden Vorstöße von rechts verhängnisvolle Konsequenzen haben würde.“

TROTZ ALLEDEM: DIE ARBEITERKLASSE GEHT NACH VORN !

Das alles kann und darf nicht heißen, daß man resignieren soll, daß man vielleicht sogar sein Gewerkschaftsbuch wegschmeißen soll. Die Arbeiterklasse hat sich in den vergangenen 25 Jahren gegen die schlimmsten Schläge des Monopolkapitals zur Wehr gesetzt und hat auch Siege errungen und konnte ihre Lehren aus ihren Niederlagen ziehen, wie sie es z.B. bei den Streiks um Teuerungszulage schon getan hat.

Aus der Tatsache, daß uns die rechten Gewerkschaftsführer mit ihrer opportunistischen Politik nicht nur ein Klotz am Bein sind, sondern sogar eine direkte Hilfe für das Monopolkapital, können wir nur eins schließen: Selber kämpfen, damit wir uns endlich nicht mehr von diesen Jammergestalten kommandieren lassen müssen.

Auch in deinem Betrieb, Kollege, gibt es doch bestimmt Kollegen,

mit denen du gemeinsam gegen Arbeitshetze und Lohnabbau kämpfen kannst. Schließt Euch zusammen, baut starke Vertrauensleutekörper auf, laßt Euch nicht durch rechte Gewerkschaftsführer von Euren berechtigten Kämpfen abhalten. Kämpft in Betrieb und Gewerkschaft für eine Stärkung der Gewerkschaften, indem ihr zeigt: Die Gewerkschaft, das sind nicht die Tarnow, Böckler, Freitag, vom Hoff, Fette, Vetter, Brenner, Loderer und wie sie alle heißen, sondern die Gewerkschaft, das sind wir, kämpfende Arbeiter, Sozialdemokraten, Parteilose, Christen und Kommunisten!

Gehen wir den Weg, den uns das Programm des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD zeigt:

„Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD kämpft für die Einheit der Arbeiterbewegung und wird stets seine Kraft darauf verwenden, im Kampf gegen die Herrschaft der Monopole die Gewerkschaften wieder zu Organen des Klassenkampfes gegen die Kapitalistenklasse zu machen. Er verteidigt die große Errungenschaft der Einheitsgewerkschaft und kämpft in den Gewerkschaften gegen den Mißbrauch und die Zerstörung der Einheitsgewerkschaft durch die reformistischen Gewerkschaftsführer und für die Revolutionierung der Gewerkschaften. Er hat die Aufgabe, in Gemeinschaft mit den breiten Massen alle Arbeiter in den Betrieben zu befähigen, erfolgreich Lohn- und Arbeitskämpfe zu führen, diese Kämpfe zentral zusammenzufassen und den bereits begonnenen Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit, gegen die Schläge des Imperialismus die Kraft zu geben, die notwendig ist, um das Proletariat vor weiterer Verelendung zu schützen und seine politische Macht zu stärken und es für den Kampf gegen den Imperialismus zu wappnen. Die organisatorische Kraft kann aber die Arbeiterklasse nur gewinnen, wenn der Kampf um die Herstellung der Gewerkschaftseinheit und um die Steigerung der Kampffähigkeit und Kampfkraft der Gewerkschaften geführt wird. Dieser Kampf ist zugleich ein Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer. Denn diese reformistischen Führer tun alles, um die Gewerkschaften zu Hilfstruppen der Kapitalisten, zu Anhängseln des kapitalistischen Staates zu machen. Es ist selbstverständlich, daß bei schärfster politischer Bekämpfung des Reformismus es unsere Pflicht ist, die sozialdemokratischen Klassengenossen in sachlicher und kameradschaftlicher Weise und durch gemeinsame Arbeit zu überzeugen und zu gewinnen für die Einheitsfront aller sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter. Nur auf diesem Weg können die Gewerkschaften ihre Tagesaufgabe im Kleinkrieg zwischen Kapital und Arbeit, im antimilitaristischen und antifaschistischen Kampf, in Verbindung mit ihrer großen historischen Aufgabe, der Mitwirkung an der Beseitigung des Lohnsystems und der Herrschaft des Kapitals, wirklich erfüllen. Im Interesse der

Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Kampfaufgabe ist es die Pflicht der Kommunisten, als entschiedenster Teil der Arbeiterklasse keine Mühe zu scheuen, um die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen zu machen, die dem Kampf gegen die Verelendung der Massen und für die soziale Befreiung dienen.“



Die Arbeiterklasse geht nach vorn

Menschlichkeit und sozialer Fortschritt — der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD zeigt uns in seinem Aufruf zum 1. Mai 1974, was das wirklich heißt:

„Wo ist der soziale Fortschritt, wenn wir nach wie vor und immer schneller acht und mehr Stunden am Tag den Reichtum der Unternehmer mehren müssen, um dann zu erleben, wie deswegen die einen von uns ihre Arbeit verlieren und die anderen noch mehr angetrieben werden? Wo bleibt da die Menschlichkeit, wenn die Früchte unserer eigenen Arbeit im Kapitalismus unsere Existenz immer mehr bedrohen? Und nicht nur in der immer wieder fälligen Krise. Sondern dieselben Gesetzmäßigkeiten, die uns gestern Maschinen und Waren in Hülle und Fülle schaffen ließen und heute Maschinen stillstehen und Waren verderben lassen, treiben die Kapitalisten in die Ferne, auf die imperialistische Jagd nach neuen Absatzmärkten und billigen Arbeitskräften. Immer beftiger stößt es dabei mit dem Kapital anderer Imperialisten zusammen, wovon der Handelskrieg mit den USA und der Zank in der EWG eine beredte Sprache sprechen.“

Zweimal schon wurden wir von denen, die wir reich gemacht haben, in den Krieg für noch größere Reichtümer gehetzt; damit wir trotz der Schrecken des 1. Weltkrieges wieder das Gewehr ergreifen um auf unseresgleichen in anderen Ländern zu schießen, holten sich die Konzernherrscher die Hitlerschergen. Heute machen sie mit der einen Hand Geschäfte mit der "Neuen Ostpolitik" und stecken mit der anderen den Stoßtruppen Geld zu, die den Traum vom Großdeutschen Reich unter der Herrschaft der Schlotbarone auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Willy Brandt und seine Regierung schützen uns davor bestimmt nicht, sondern bereiten in ihrer Willfährigkeit für das Kapital denen den Weg, mit deren Hilfe das Kapital sich per Fußtritt für die Dienste der sozialdemokratischen Führer zu bedanken gedenkt.

Wir aber sind aufgerufen, die einzige richtige Konsequenz zu ziehen und auf unsere eigene Kraft, auf die Kraft unserer Klasse zu bauen. Im Kampf um die Mark mehr Lohn, um die Stunde weniger Plackerei und um die Macht im Staate.

Wir sind die Kraft, die allen Reichtum schafft. Wenn unser starker Arm es will, stehen nicht nur alle Räder still. Sondern wir halten die Lösung in Händen, wie der von uns geschaffene Reichtum uns und dem ganzen Volke zum Guten dienen kann. Damit im Betrieb eine Hand in die andere greift, damit sich Millionen Hände, versehen mit den Erkenntnissen von Wissenschaft und Technik, letztlich im gemeinsamen Werk vereinen – dazu brauchen wir doch keine Unternehmer, die sich daran nur bereichern und unsereins die Existenz streitig machen. Wir sind die Klasse, die schon unter dem Kapitalismus die Zukunft der Gesellschaft verkörpert und diese Zukunft durch die freie und bewußte Disziplin im Sozialismus in die Tat umsetzt. Wir haben letzten Endes nur eines zu fürchten: daß wir uneins und ohne die Führung sind, die dieses Ziel unbeirrt verfolgt! Darum ist heute das erste und wichtigste die Vereinigung der klassenbewußtesten Arbeiter, um die Partei der Arbeiterklasse wieder aufzubauen, die die Klasse zum Sieg führen kann – die KOMMUNISTISCHE PARTEI.

Darum hinein in den Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD!
Den Schritt nach vorn gemacht

**GEGEN LOHNRAB UND ENTRECHTUNG
FÜR FRIEDEN, DEMOKRATIE
UND SOZIALISMUS !**

**MACHT DIE GEWERKSCHAFTEN WIEDER ZU EINER
KAMPFORGANISATION DER ARBEITER-
KLASSE !**

LITERATURVERZEICHNIS:

- (1) Walter Ulbricht¹⁾, Gewerkschaftskampf, Band 2, Westberlin 1972, S. 16
- (2) a.a.O., S. 8,9
- (3) a.a.O., S. 48 – 50
- (4) Walter Ulbricht¹⁾, Gewerkschaftskampf, Band 1 Westberlin 1971, S. 208
- (5) George S. Wheeler, Die amerikanische Politik in Deutschland (1945 – 1950), Berlin 1958, S. 39,40
- (6) Paul Harig, Arbeiter–Gewerkschafter–Kommunist, Frankfurt/Main 1973, S. 30
- (7) Walter Ulbricht,¹⁾ Gewerkschaftskampf, Band 2, Westberlin 1972, S. 164, 167
- (8) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel XII, Berlin 1968, S. 331,332
- (9) Walter Ulbricht¹⁾, Gewerkschaftskampf, Band 2, Westberlin 1972, S. 82
- (10) Paul Harig, a.a.O. S. 29
- (11) Revolutionärer Weg Nr. 11/73, Tübingen, S. 49,50
- (12) Walter Ulbricht¹⁾, a.a.O., Bd. 2, S. 37
- (13) a.a.O., S.121, 122
- (14) a.a.O., S.428
- (15) Protokoll der 2. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig am 5. März 1955
- (16) "Der Spiegel", 3. Juli 1952
- (17) "Druck und Papier", 11/ 68
- (18) "Metall" 10/72
- (19) "Metall" 23/72

¹⁾ W. Ulbricht hat, als er noch Kommunist war, richtige Fakten zum Kampf der Arbeiterklasse angegeben und korrekte Stellungnahmen der KPD und der SED und des FDGB wiedergegeben. Er schloß sich später dem Verrat der sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten nach 1956 an.

Wir geben hier nur Stellungnahmen wieder, die vor der Zeit dieses Verrats liegen.

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH

Zentralorgan des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD
(ehemals Arbeiter-Basis-Gruppen)

Die Kommunistische Arbeiterzeitung ist die Zeitung der Arbeiter und anderen Werktätigen. In ihr ist zu lesen, was die Unternehmerpresse verschweigt. Kolleginnen und Kollegen berichten aus den Betrieben, der Gewerkschaft und vom Lande, enthüllen Unternehmerwillkür und schildern die Kämpfe. Viele Berichte und Kommentare zeigen, wo und wie das Kapital den Angriff auf unsere Existenzbedingungen und demokratischen Rechte führt und wie wir uns dagegen verteidigen, welche Gefahren uns drohen und welche Aufgaben vor uns stehen, wie wir den Kapitalismus bekämpfen und unserm Ziel der Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung näher kommen können. Die Kommunistische Arbeiterzeitung berichtet vom Kampf der Arbeiter und unterdrückten Völker in der ganzen Welt und vom Aufbau des Sozialismus. Sie zeigt, wie die Arbeiterfront und das Bündnis mit den demokratischen Kräften des ganzen Volkes geschmiedet wird und den Spaltern das Handwerk zu legen ist, wie die Gewerkschaften wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse gemacht werden und die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse wieder aufgebaut wird.

Halbjahresabonnement einschließlich Porto 4,-DM
Jahresabonnement einschließlich Porto 7,-DM
In Briefmarken an Arbeiter-Basis-Gruppen 8 Mü 5 Jahnstraße 20
oder überweisen auf Postscheckkonto Mü 25 63 90 (Sommerrock)